Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 83. **Mittwoch, 8. April 1925, abends.** **78. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8 mm breite, 44 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige, zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Hindenburg kandidiert für den Reichsblock.

Berlin. (Funkspruch.) Vom Reichsblock wird mitgeteilt, der Reichsblock hat heute vormittag die entscheidende Beratung über die Kandidatur für den 2. Wahlgang abgehalten. Im ganzen Verlauf der Verhandlungen hatte Dr. Jarres keinen Zweifel darüber gelassen, daß an seiner Person eine Erweiterung der Basis des Reichsblocks nicht scheitern dürfe. Nachdem die Bayerische Volkspartei mitgeteilt hatte, daß sie einer Kandidatur des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zustimmen würde, bat Dr. Jarres telegraphisch, von seiner Aufstellung Abstand zu nehmen und empfahl dem Reichsblock dringend, dem Generalfeldmarschall von Hindenburg die Kandidatur zu übergeben. Der Reichsblock beschloß daraufhin, heute mittag die Kandidatur dem Generalfeldmarschall von Hindenburg anzubieten. Dieser hat sie eben angenommen. Die Bayerische Volkspartei, die Wirtschaftspartei, der Bayerische Bauernbund, die Deutsch-Hannoversche Partei haben sich außer den im Reichsblock vereinigten Parteien und Verbänden dieser Kandidatur angeschlossen und sind damit dem Reichsblock beigetreten.

Steuer- und Aufwertungsgesetz betr.

Berlin. (Funkspruch.) Entgegen anderslautenden Nachrichten können wir mitteilen, daß sich der Reichsrat heute noch nicht mit den Steuergesetzen und dem Aufwertungsgesetz beschäftigen wird. Lediglich die Ausschüsse des Reichsrates haben die Beratung der genannten Gesetze begonnen. Eine Entscheidung über das Aufwertungsgesetz im Reichsrat ist nicht vor dem 21. April zu erwarten.

Der Charakter der Kandidatur Marx.

BPD. Berlin, 8. April. Das Zentrum hat für seinen Präsidentschaftskandidaten Marx einen bemerkenswerten Aufruf erlassen, der in den politischen Kreisen große Beachtung gefunden hat. Aus der Abfassung des Aufrufes will man entnehmen, daß die Zentrumspartei großen Wert darauf gelegt hat, ihre völlige politische Handlungsfreiheit gegenüber den anderen Weimarer Parteien demonstrativ hervorzuheben und zu betonen, daß die Kandidatur Marx in der Hauptsache nichts anderes bedeutet als die konsequente Fortführung der Politik der sogenannten „Volksgemeinschaft" und der Fortsetzung eines Regierungskurses, der unter der Kanzlerschaft Marx sowohl innen- als auch außenpolitisch als Politik der Mitte gekennzeichnet worden war. In den rechtsstehenden Kreisen hat man den Eindruck, daß die drei Weimarer Parteien zwar in der Präsidentschaftsfrage grundsätzliche Vereinbarungen getroffen haben, ohne jedoch in politischer Hinsicht zu einer wirklich festfundierten gemeinsamen Grundlage gelangt zu sein. Es sei den Linksparteien jedenfalls nicht geglückt, mehr zu erreichen, als eine Annäherung an das Zentrum, das sich seine Entschlußfreiheit hinsichtlich seiner Politik im Reiche gesichert hätte.

Mit keinem Wort geht der Zentrumsaufruf auf Gedankengänge ein, wie sie von den Linksparteien im bisherigen Verlauf der Präsidentenwahlkampagne ausgesprochen worden sind. Wie wir hören, ist diese Tatsache auf ausdrückliche Vereinbarungen zurückzuführen, die zwischen den drei Weimarer Parteien getroffen worden sind. Danach behält jede der drei Parteien ihre eigenen politischen Richtlinien, ohne sich den Nachbarparteien gegenüber festzulegen. Demokraten und Sozialdemokratie werden ebenfalls gesonderte Wahlaufrufe erlassen, von denen sich jeder stark von dem anderen unterscheiden wird. Der Zweck dieser Demonstration ist klar: Man will absichtlich den Eindruck vermeiden, als sei der Zusammenschluß der drei Parteien hinter der Kandidatur Marx durch irgendwelche parteipolitische Abmachungen gekrönt worden. Namentlich denjenigen Parteien gegenüber, die sich weder auf Dr. Jarres noch auf Marx geeinigt haben, will man die Möglichkeit eines ganz lockeren Anschlusses bieten und daher die Aufrollung irgendwelcher politischen Kampfziele streng vermeiden. Die führenden Zentrumskreise erklären mit allem Nachdruck, daß kein Grund vorliege, mit verdeckten Karten zu operieren. Nicht der Linken zuliebe habe man die Kandidatur Marx aufgestellt, sondern man sei von der Erwägung ausgegangen, daß für die aufbaubereiten Kräfte des Volkes ein Führer geschaffen werden müsse, der als ausgleichende Persönlichkeit die Gegensätze überbrücken helfe. Die Linksparteien seien vollkommen im Klaren darüber, daß die Kandidatur Marx keinerlei Kampfziele in sich berge.

In den Kreisen des Zentrums gibt man sich der Hoffnung hin, daß diejenigen Parteien, die den einzelnen Kandidaten objektiv gegenüber stehen, für Marx stimmen werden und daß namentlich ein großer Teil der Bayerischen Volkspartei sich zu diesem Entschluß völlig freiwillig durchringen werde.

Sächsischer Landtag.

ffk. Dresden, 7. April 1925.

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine **Geschäftsordnungsdebatte** über den Vorschlag des Präsidenten statt, vor der nächsten Plenarsitzung, die am 28. April stattfinden soll, den Ausschüssen Gelegenheit zur Abhaltung von Sitzungen zu geben. — Abg. Lieberasch (Komm.) und Liebmann (Linksloz.) widersprechen dieser Disposition des Präsidiums und behaupten, man wolle von einer alten Gepflogenheit, während der Landtagsvertagung keine Ausschußsitzungen abzuhalten, abweichen, um Gelegenheit zur weiteren Durchreitschung der Gemeindeordnungsverschlechterung zu geben. — Das Haus stimmt den Dispositionen des Präsidenten zu.

Hierauf findet eine

Trauerkundgebung für die Opfer des Böhlener Schornsteinunglücks

statt.

Präsident Winkler: Ich fühle mich verpflichtet, des aus Anlaß des ungeheuren Unglücks auf einem dem Staate gehörigen Werke eingetretenen Verlustes von elf braven Arbeiterleben zu gedenken. Wenn wir den Angehörigen der Toten unser herzlichstes Beileid aussprechen, so wollen wir damit auch das dringendste Ersuchen verbinden, daß die Regierung alles tun möge, daß falls Schuldige bei dem Unglück zu verzeichnen sind, diese zur Rechenschaft zu ziehen und möglichst alles zu tun, was in ihrer Kraft steht, um weitere derartige Unglücksfälle zu verhüten.

Abg. Lieberasch (Komm.) beantragt im Anschluß an diese Trauerkundgebung einen kommunistischen Antrag in Beratung zunehmen, der sich mit dem Unglück befaßt. Präsident Winkler bittet, den kommunistischen Antrag abzulehnen. Es werde Gelegenheit sein über das Unglück zu sprechen, nachdem das Ergebnis der Untersuchung überdie Ursachen des Unglücks vorliege. Der Antrag Lieberasch wird hierauf abgelehnt.

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein. Abg. Schreiber (Dn.) begründet eine Anfrage seiner Fraktion über den

Mangel an weiblichen Arbeitskräften in den landwirtschaftlichen Betrieben.

Er weist darauf hin, daß der Mangel an weiblichen Arbeitskräften so groß ist, daß eine intensive Bewirtschaftung vollständig unmöglich sei und die Lebensmittelerzeugung auf das schwerste gefährdet erscheine. Er fragt, welche Maßnahmen die Regierung zur Behebung dieser Gefahr zu ergreifen gedenke. Redner empfiehlt dafür zu sorgen, daß wenigstens die Jugend im Entwicklungsalter in der Landwirtschaft sich betätige. Falsch sei es von der Industrie, daß sie, während es genug männliche Erwerbslose gebe, weibliche Arbeitskräfte einstelle. Der Landwirtschaft dagegen werde zugemutet, die Erwerbslosen aufzunehmen. Die Regierung möge in verstärktem Maße Kredite zur Errichtung von Arbeiterwohnungen auf dem Lande gewähren. Redner geht dann auf die Folgen der Landflucht ein. Die Landwirte seien in steigendem Maße gezwungen, ihren Anbau einzuschränken. Es müsse versucht werden, mehr ausländische Arbeiter für die Landwirtschaft heranzuziehen, so unerwünscht dies an sich sei. Bedauerlich sei es, daß die bäuerlichen Betriebe in denen der größte Arbeitermangel herrsche, ihren Arbeiterbedarf nicht bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen anmelden. Habe der Landwirt genug Arbeitskräfte, dann könne er mehr erzeugen und das erhöhte Angebot werde zur Senkung der Preise beitragen. Er ersuche die Regierung, der Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Reichs- und Staatsbehörden dürften niemand anstellen, der in der Landwirtschaft beschäftigt sei. Notwendig sei es auch, die Strafgefangenen wieder der Landwirtschaft wie früher zur Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Ein **Oberregierungsrat** erklärt, daß die Regierung den vom Interrellanten beklagten Arbeitermangel anerkenne. Die öffentlichen Arbeitsnachweise seien angehalten worden, mehr Arbeiter auf das Land zu weisen. Die Ueberführung von städtischen Erwerbslosen in die Landwirtschaft habe neuerdings gute Erfolge gezeitigt. Eine Vermittlung ausländischer Arbeiter an bäuerliche Betriebe könne nicht in Frage kommen, da die Polen nur kolonnenweise abgegeben würden. Leider habe die Werkswohnungsfrage noch nicht in einwandfreier Weise gelöst werden können. Zum Bau von Landarbeiterwohnungen werde erwogen, größere Staatsmittel flüssig zu machen. Was die Lohnfrage anlange, so stehe fest, daß die sächsische Landwirtschaft 20 Prozent höhere Löhne zahle, als in den Nachbarländern gezahlt würden. Dagegen seien die von der Industrie gezahlten Löhne um 25 Prozent höher als die von der Landwirtschaft gewährten. Tatsache sei es, daß die Jugend nicht gerne aufs Land gehe; doch könne sich die Regierung von der Anwendung von Zwangsmaßregeln keinen Erfolg versprechen. Erwerbslosen, die sich weigerten, auf dem Lande zu arbeiten, werde die Unterstützung entzogen.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die

vorläufige Weitererhebung der Gewerbe- und Grundsteuer.

Abg. **Bethke** (Soz.) erstattet den Bericht und ersucht namens des Ausschusses um Annahme des Gesetzes in der Fassung der Regierungsvorlage.

Abg. **Beuer** stellt folgende **Anfrage an die Regierung:** Der Herr Finanzminister hat vor kurzem erklärt, daß mit Rücksicht auf die Steuergesetzgebung des Reiches die Einbringung der sächsischen Steuervorlagen (Grund- und Gewerbesteuer) vorläufig nicht in Aussicht steht. Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um der gegenwärtigen steuerlichen Not in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe bis zur Verabschiedung der Steuervorlagen abzuhelfen? Will sie insbesondere anordnen, daß Pfändungsmaßnahmen tunlichst unterbleiben?

Finanzminister Dr. Reinhold:

Die sächsischen Behörden hätten die Anordnung der Regierung befolgt, mit Pfändungen nicht rigoros vorzugehen. Wenn dies heute noch geschehe, so seien es die Reichsbehörden. **Sachsen sei das einzige Land, das die Steuern ermäßigt** habe. Auf Grund des zur Verabschiedung stehenden Gesetzes würden von der Landwirtschaft in Sachsen nur etwa 10 Millionen Mark Grundsteuern erhoben werden; es werde demnach der Hektar insgesamt mit 10 Mark belastet, ein Betrag, der durchaus tragbar sei. — Die **Kopfsteuer solle künftig nicht mehr erhoben werden,** da sie eine außerordentliche Härte darstelle. Eine gewisse Freigrenze solle auch für die Gewerbesteuer geschaffen werden.

Der Minister wendet sich dann gegen den linkssozialistischen Entschließungsantrag. Zwar sei die sächsische Regierung der Ueberzeugung, daß die Reichsgesetze eine soziale Einstellung vermissen ließen, daß Zuschläge zur Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Steuersätze bei den größeren Einkommen empfehlenswerter seien, daß die Umsatzsteuer gesenkt und möglichst beseitigt werden sollte; aber trotzdem könne sie dem Entschließungsantrage nicht zustimmen, da durch seine Annahme ein Verlust von etwa 3,2 Milliarden Mark entstehen würde, für den es keine Deckung gebe.

Der Minister weist dann nochmals daraufhin, daß **der Entwurf nur ein Zwischengesetz darstelle;** es handle sich nur um **Steuervorauszahlungen, die bei einer endgültigen Regelung der Steuer angerechnet werden sollen.**

Hierauf wird das Gesetz, nachdem die Minderheitsanträge von der aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehenden Mehrheit abgelehnt worden waren, in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Schließlich steht zur Beratung der Antrag der Deutschen Volkspartei wegen der

Mißstände in der Kleinrentnerfürsorge.

Abg. **Frau Büttner** (Soz.) beantragt im Namen des Ausschusses, die Regierung zu ersuchen, betreffs der Sozial- und Kleinrentnerfürsorge Ausführungsverordnungen zum Wohlfahrtspflegegesetz zu erlassen, die den Verfügungen des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums vom 3. März 1925 und 30. Dez. 1924 sowie der Reichsverordnung vom 4. Dez. 1925 entsprechen, sowie Richtlinien aufzustellen, in denen die Fragen der Arbeitspflicht, der ärztlichen Versorgung und der ergänzenden Unterstützung in besonderen Bedarfsfällen geregelt werden.

Abg. **Frl. Dr. Hertwig** (DVp.) wünscht, daß Kleinrentner im höheren Lebensalter nicht zur Arbeitspflicht herangezogen werden sollen. In Krankheitsfällen müsse ihnen kostenfreie ärztliche Behandlung gewährt und vom Fürsorgeamt die Kosten der Bestattung übernommen werden. Auch sei es notwendig, den Klein- und Sozialrentnern Beiträge für Miete, Kleidung und Schuhe zu gewähren.

Abg. **Gäbel** (Komm.) vertritt einen Antrag seiner Partei auf eine 100prozentige Erhöhung der Unterstützung, die für Sachsen aber etwa 20 Mill. Mehrausgaben erfordern würde.

Der Ausschußantrag wird schließlich angenommen.

Der Präsident schließt die Sitzung mit dem Wunsche eines fröhlichen und gesegneten Ostern.

Nächste Sitzung: Dienstag, 28. April, nachm. 1 Uhr.

Das Reichswehrunglück an der Weser.

49 Leichen geborgen.

)(Hannover. Im Laufe des gestrigen Tages wurden fünf Leichen von den in der Weser ertrunkenen Reichswehrsoldaten geborgen. Die Gesamtzahl der bis jetzt geborgenen Leichen beträgt 49. Die Arbeiten der Taucher werden durch das reißende Wasser der Weser außerordentlich erschwert.

Gestern nachmittag wurde in Minden eine offizielle Trauerfeier unter Teilnahme der Behörden und der Bevölkerung veranstaltet. Beigesetzt wurde hier der Unteroffizier Rahn.

In den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

waren in der letzten Zeit erneut Schwierigkeiten entstanden, und zwar dadurch, daß die Delegationen über die Bedeutung eines Teils der am 28. Februar getroffenen Abmachungen nicht einig waren. Beide Delegationen haben zwar ihren grundsätzlichen Standpunkt aufrecht erhalten; es ist aber nach langwierigen Verhandlungen ein Weg dafür gefunden worden, trotz diesen Meinungsverschiedenheiten die praktischen Arbeiten fortzusetzen. — Während der Osterfeiertage haben die Delegationen keine Sitzungen. Ministerialdirektor Posse wird sich in dieser Zeit nach Berlin begeben. Die Sitzungen einiger Unterkommissionen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Die belgischen Kammermitglieder.

)(Brüssel. Nach den letzten Meldungen ist die parlamentarische Lage in der neugewählten Kammer folgende: 78 Katholiken, 77 Sozialisten, 24 Liberale, 5 Frontpartei, 2 Kommunisten, 1 Daensje-Partei. Insgesamt 187. Der bisherige liberale Abgeordnete des Wahlkreises Verviers, Kriegsminister Forthomme, ist nicht wiedergewählt worden.

SLUB Wir führen Wissen.